

Altersarmut (im Kreis Böblingen) – ein Sprengsatz mit Zeitzünder

Einkommenslage älterer Menschen in Baden-Württemberg

Der Report zur „Einkommenslage ältere Menschen in Baden-Württemberg“ 2014 der grün-roten Landesregierung stellt fest:

- Die durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen älterer Menschen in Baden-Württemberg liegen leicht unterhalb derjenigen der Gesamtbevölkerung. In der Gesamtbevölkerung hat die Ungleichheit der Einkommen seit 2005 tendenziell zugenommen, bei den älteren Menschen nicht. Im Gegensatz zu den Älteren konnte die Bevölkerung seit 2005 leichte Einkommenszuwächse verzeichnen.
- Problematisch ist die Einkommenslage im Alter insbesondere für ältere alleinlebende Frauen. Frauen beziehen geringere Altersrenten als Männer, sind häufiger armutsgefährdet – insbesondere wenn sie alleine leben – und beziehen häufiger Leistungen der Grundsicherung im Alter als Männer.
- Die wichtigste Einkommensquelle im Alter stellen Renten- oder Pensionseinkünfte dar. Die Einkommensunterschiede zwischen diesen Gruppen sind stark ausgeprägt. So liegen die durchschnittlichen verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen von Pensionärinnen und Pensionären deutlich oberhalb derer von Rentnerinnen und Rentnern.
- Armutsgefährdung betrifft derzeit häufiger Kinder und Jugendliche als Ältere. Von den Älteren ab 65 Jahren in Baden-Württemberg waren 2012 lt. Mikrozensus 17 % armutsgefährdet, im Bevölkerungsdurchschnitt waren es 15 % und unter den Kindern und Jugendlichen 18 %. Auffallend ist allerdings, dass die Armutsgefährdungsquote von Menschen von 70 Jahren und älter mit 18 % die Quote der Kinder und Jugendlichen erreicht.
- Ältere sind überwiegend nur kurzzeitig (das heißt ein Jahr) armutsgefährdet, für Kinder und Jugendliche bedeutet Armutsgefährdung dagegen häufiger einen länger andauernden Zustand.
- Mit Blick auf die Spitze der Einkommensverteilung zeigt sich ein ähnliches Bild wie am unteren Ende: 65- bis 69-Jährige waren 2012 zu 7 % einkommensreich (d.h. 200 % des mittleren Einkommen der Bevölkerung) – dies entspricht dem Bevölkerungsdurchschnitt. Kinder und Jugendliche lebten dagegen nur zu 5 % in einem einkommensreichen Haushalt. Eine ebenfalls unterdurchschnittliche Reichtumsquote von 4 % haben diejenigen, die 70-jährig und älter sind.
- Die Einkommensreichtumsquote der Rentnerinnen und Rentner ab 65 Jahren ist unterdurchschnittlich bei 4 %, die der Pensionärinnen und Pensionäre dagegen deutlich überdurchschnittlich bei 17 %, die der Gesamtbevölkerung zwischen 7 % und 8 %.
- Ältere Menschen verfügen über ein leicht überdurchschnittliches Nettovermögen. Wohneigentum und Vermögen sind wesentliche Bestandteile der materiellen sozialen Absicherung im Altern. Das Vermögen nimmt nach und nach ab und wird entweder für den eigenen Lebensunterhalt verwendet oder die Nachkommen werden finanziell unterstützt, z.B. durch Übertragung des Wohneigentums zu Lebzeiten an Kinder oder Enkel.
- Insgesamt ist die Armutsgefährdung von Älteren in Baden-Württemberg derzeit im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nur leicht erhöht, Prognosen gehen allerdings

davon aus, dass die Risiken steigen (Erwerbsleben, veränderte Familienstrukturen, Rentenrecht).

- Quelle: <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/ArmutReichtum.asp>

Befunde im Kreis Böblingen

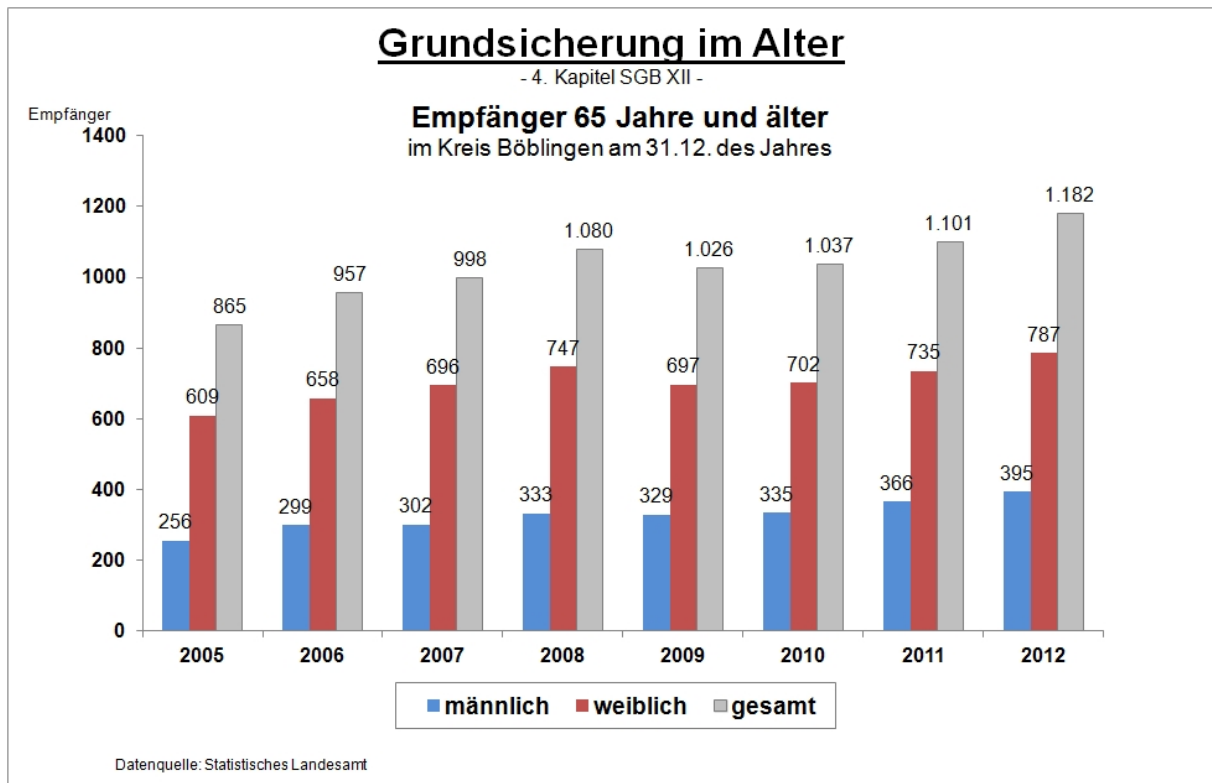
- 8 Prozent der unter 15-Jährigen beziehen Hartz IV-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialgeld nach dem SGB II), das sind 4.600 Personen, also jedes 13. Kind (2007: jedes 12. Kind)
- 1,5 Prozent der ab 65-Jährigen (1.200 Personen) beziehen Grundsicherung im Alter (2005: 870 Personen), die Sozialhilfe für Ältere. 2/3 sind weiblich.
- Hilfe zur Pflege (stationär und ambulant) erhalten 900 Personen, deren Durchschnittsalter liegt bei 74 Jahren. 2/3 sind weiblich. Anstieg vor allem bei Bewohnern in Altenpflegeheimen.

Mehr Rentner brauchen Grundsicherung – die Sozialhilfe für Ältere

Personen, die die Altersgrenze im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht haben, erhalten bei Bedarf Grundsicherung im Alter. Die durchschnittlichen Altersrenten spiegeln nicht das tatsächliche Haushaltseinkommen der über 65-Jährigen wider. Zusätzlich zur gesetzlichen Rente kommen vielfach noch andere Einkünfte hinzu wie etwa eine Betriebsrente, eine Hinterbliebenenrente, die Zahlung einer Lebensversicherung oder einer Riester-Rente. Nichtsdestotrotz reicht bei immer mehr Senioren die Rente nicht zum Leben. Eine zunehmende Zahl von Rentnern verdienen sich auch im Ruhestand noch Geld dazu.

Die Zahl der Bezieher von Grundsicherung im Alter hat sich zuletzt erhöht, insbesondere durch die demografische Entwicklung sowie die Höhe der Renteneinkünfte bzw. des vorhandenen Vermögens. Das Rentenniveau ist abhängig von kontinuierlichen Erwerbsbiografien, dem Erwerbseinkommen sowie gesetzlichen Regelungen. Seit dem Jahr 2000 fällt eine Spreizung zwischen Neu- und Bestandsrenten zuungunsten der Neurentner auf. Das Rentenniveau sinkt aus Demografiegründen und zur Bekämpfung von Beitragssteigerungen – sofern nicht die Politik eingreift. Die Dauer des Rentenbezugs ist 2012 auf einen neuen Rekordwert geklettert: 19 Jahre durchschnittlich – zentraler Grund ist die insgesamt gestiegene Lebenserwartung.

Im Kreis Böblingen bezogen am 31.12.2011 rd. 1,5 % der Menschen ab 65 Jahren Grundsicherung im Alter.



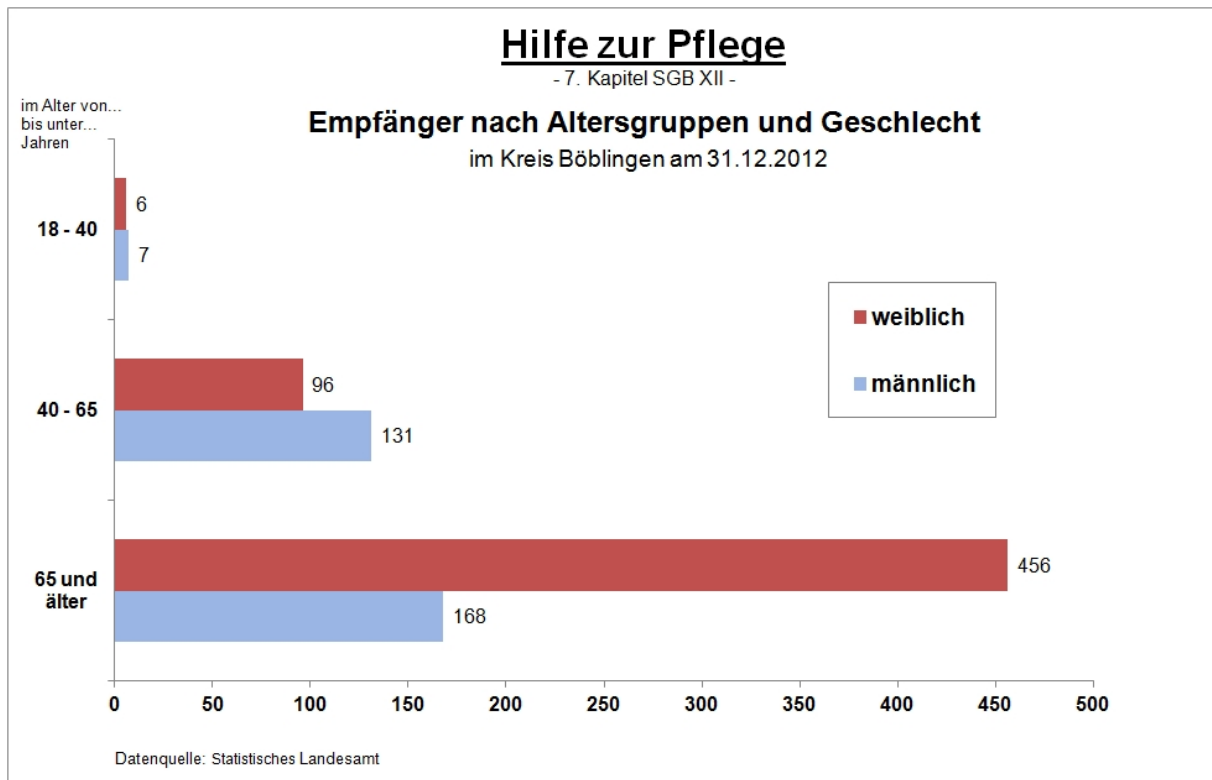
Am 31.12.2012 waren von 1.182 Empfängern der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren 787 weiblich. Das entspricht einem Anteil von rd. zwei Drittel (67 %). Der hohe Anteil von Grundsicherungsempfängerinnen im Rentenalter erklärt sich mit dem Bezug geringerer Renten.

Die Empfänger von Grundsicherungsleistungen im Alter lebten überwiegend außerhalb von Einrichtungen. Lediglich 153 Personen und somit knapp 13 % waren Ende 2012 stationär in Einrichtungen wie z.B. Alten- und Pflegeheimen untergebracht.

Anhaltende Pflegebedürftigkeit erhöht das Armutsrisiko

Zum Jahresende 2012 erhielten insgesamt 864 Personen Leistungen der Hilfe zur Pflege im Rahmen des SGB XII.

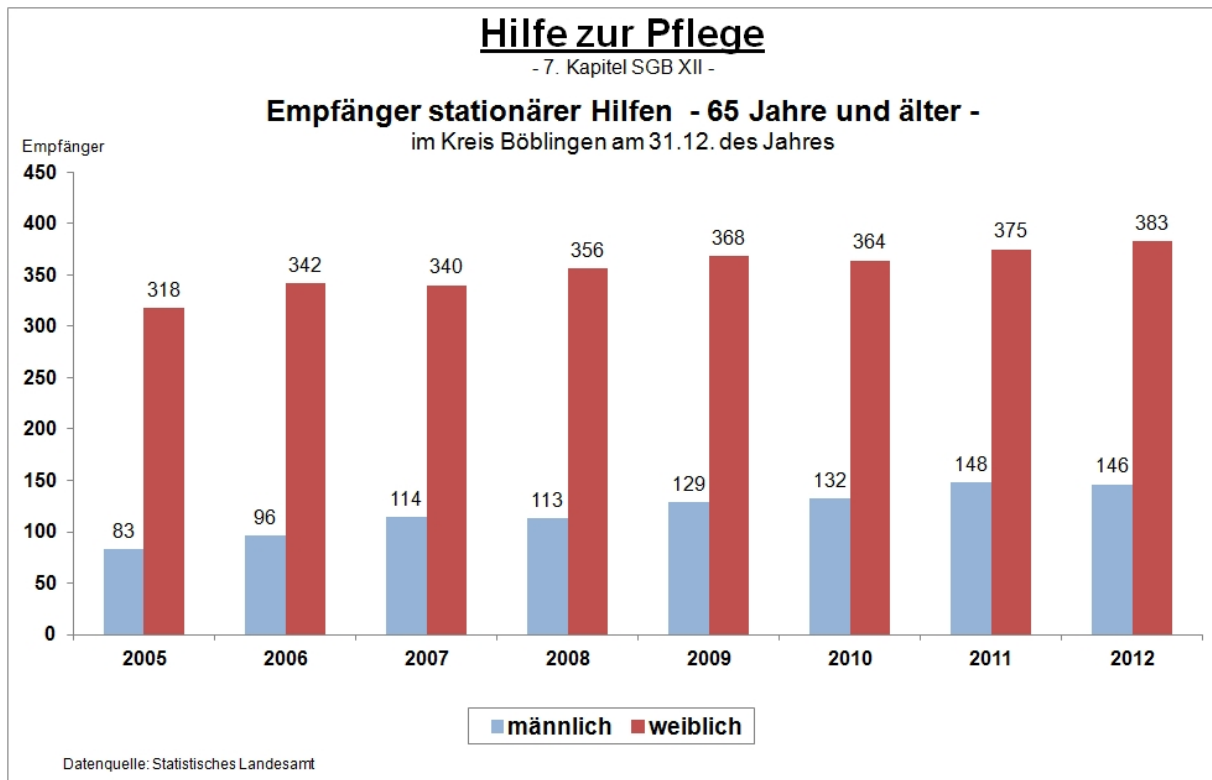
Erwartungsgemäß liegt der Schwerpunkt der Pflegebedürftigkeit bei den höheren Altersklassen. Von insgesamt 864 Leistungsempfängern Ende 2012 waren 624 Personen (rd. 72 %) 65 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter lag bei 74 Jahren.



Bei den pflegebedürftigen Personen wirkt sich auch die höhere Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung aus. Insgesamt waren knapp zwei Drittel (64,6 %) der Leistungsempfänger weiblich. Bei den 65 Jahre und älteren Leistungsempfängern waren es rd. 73 %.

Während in den dargestellten Altersgruppen bis 65 Jahre mehr Männer als Frauen Leistungen der Hilfe zur Pflege bezogen, lag in der Altersgruppe ab 65 Jahren der Anteil der weiblichen Hilfeempfänger deutlich höher.

Das folgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Empfängerzahlen von stationärer Pflege der 65-Jahre und älteren Leistungsempfänger.



Am 31.12.2012 bezogen insgesamt 529 Personen stationäre Hilfe zur Pflege. Gegenüber insgesamt 401 Leistungsempfängern am 31.12.2005 entspricht dies einer Steigerung von annähernd 32 %. Jeder vierte Bewohner eines Altenpflegeheims erhält aufstockend Hilfe zur Pflege, d.h. durchschnittlich 13.000 Euro jährlich. Oftmals reichen zu Beginn eines Pflegeheimaufenthalts Vermögen und Einkünfte aus, weil aber das Vermögen abschmilzt steigt bei zunehmender Verweildauer im Pflegeheim das Sozialhilferisiko.

Der Anteil der Frauen an allen Leistungsempfängern von stationärer Hilfe zur Pflege lag am 31.12.2012 bei rd. 72,4 %. Frauen leben nach dem Tod des in der Regel älteren Partners häufig alleine und sind im Falle ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit schneller auf stationäre Hilfe zur Pflege angewiesen als Männer, die im Pflegefall oftmals von ihren eher jüngeren Partnerinnen gepflegt werden.

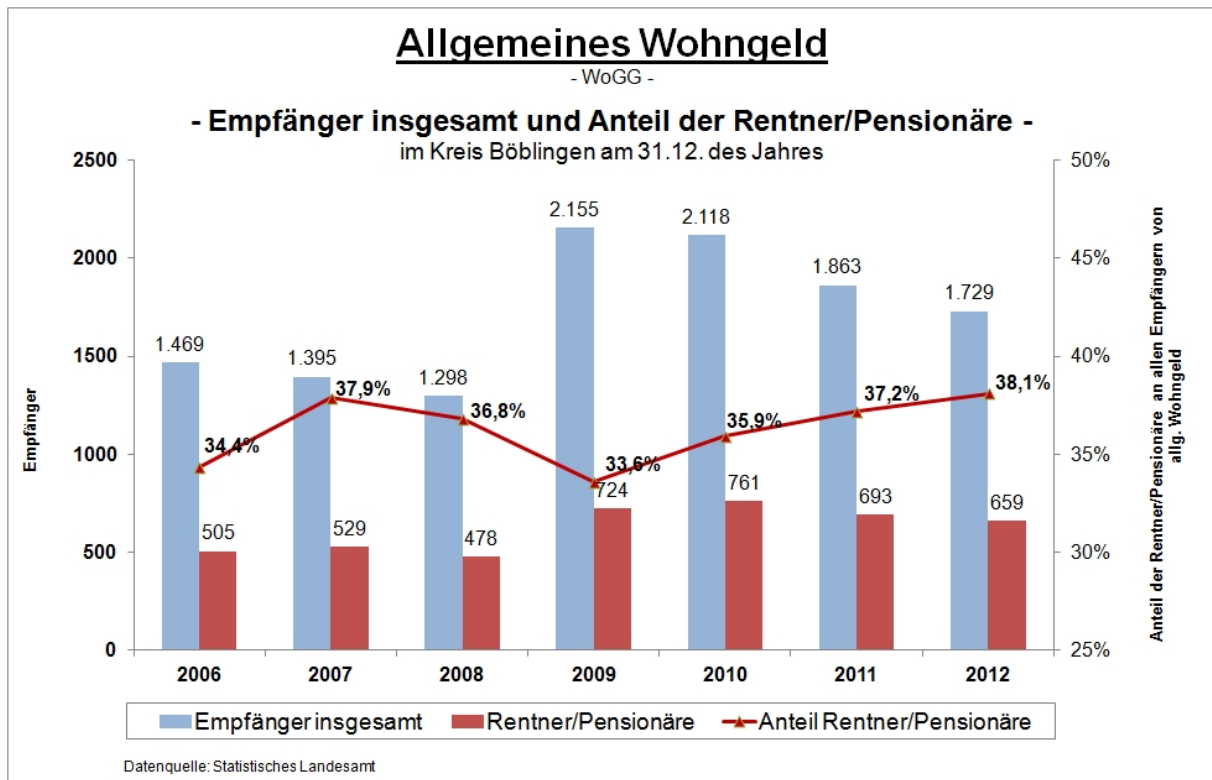
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) – ein Zuschuss für Miete und Heizung

Wohngeld ist ein vom Bund und Ländern getragener Zuschuss zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens.

Zum 01.01.2009 traten wesentliche Leistungsverbesserungen in Kraft, die sich stark auf die Höhe des Wohngeldes und die Anzahl der Wohngeldempfänger ausgewirkt haben.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 ist die zum 1.1.2009 bei dem Wohngeld eingeführte Heizkostenpauschale (Heizkostenzuschuss) wieder entfallen, mit der Begründung, die Heizkosten seien inzwischen wieder gesunken. Damit hat sich das Wohngeld

deutlich reduziert. In der Folge ist die Empfängerzahl mit 1.863 am 31.12.2011 gegenüber dem Vorjahr mit 2.118 um rd. 12 % zurückgegangen.



Zum Jahresende 2012 waren im Kreis Böblingen 1.729 Wohngeldempfänger zu verzeichnen. Davon entfielen 659 Empfänger auf die Gruppe der Rentner und Pensionäre. Dies entspricht einem Anteil von rd. 38 %.

Während die Anzahl der Empfänger insgesamt von 2.155 am 31.12.2009 auf 1.729 Empfänger am 31.12.2012 um rd. 19,8 % zurückgegangen ist, verringerte sich die Anzahl der Wohngeldempfänger bei den Rentnern/Pensionären von 724 auf 659 Empfänger und damit lediglich um knapp 9 %.

Damit ist der Anteil der Rentner/Pensionäre an allen Wohngeldempfängern von 33,6% am 31.12.2009 auf 38,1 % am 31.12.2012 gestiegen.

Herausforderungen

- Jüngere Generation muss sich früh Gedanken machen über ihre Finanzen im Alter, insb. Frauen, und fürs Alter zusätzlich privat sparen. Zur gesetzlichen Rente sind private und betriebliche Altersvorsorge unverzichtbar – das Drei-Säulen-Modell. Wenn das Geld dafür reicht !
- Die Hartz IV-Reform hat zu einem Ausbau des Niedriglohnsektors geführt. Gut ein Drittel der Hartz-Bezieher beziehen ergänzende Geldleistungen, weil ihr Arbeitseinkommen das Existenzminimum nicht abdeckt. Geringverdiener erhalten in der BRD nur 55 Prozent des Nettogehalts, in Dänemark 121 Prozent, in Israel 104 Prozent.

- Die Forderung nach höheren Renten für Geringverdiener ist populär. Allerdings ist ein einheitlicher Hilfsbetrag in ganz Deutschland wenig hilfreich, wie die Grundsicherung zeigt: Da kommen zum Regelbedarf von derzeit 391 Euro noch die Kosten von Wohnung und Heizung, die je nach Ort sehr unterschiedlich ausfallen. So wird im superteuren München über 900 Euro gezahlt, im günstigen Bayerischen Wald dagegen bzw. etwa 550 Euro.
- Rolle rückwärts der Rentenreform ginge auf Kosten der jüngeren Generationen
- Aktuelle bundespolitische Maßnahmen sind die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Länger arbeiten, mehr sparen
- Seniorengerechten Wohnungsmarkt ausbauen. Barrierefreiheit kann ambulante Pflege zu Hause ermöglichen.
- Sozialen Wohnungsmarkt reaktivieren
-

Böblingen, den 16.11.2014

Petra Wiest und Alfred Schmid, Kreissozialdezernat